

von Schulmann, Helmut

Article — Digitized Version

Die ägyptische Währungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Schulmann, Helmut (1958) : Die ägyptische Währungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 2, pp. 98-100

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132597>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ausweitung des Außenhandels erreicht werden können. Andererseits scheint eine solche Ausweitung in nennenswertem Umfang nicht vorgesehen zu sein. Nach chinesischen Angaben hat noch im ersten Fünfjahresplan die Ausfuhr Chinas zu drei Vierteln aus den traditionellen chinesischen Produkten bestanden. Der zweite Fünfjahresplan wird außerordentlich große Anforderungen an die Entwicklung der Landwirtschaft stellen. Sie muß eine Reihe von Ansprüchen befriedigen können, die sich in ihrer Dringlichkeit kaum voneinander unterscheiden: Die wachsende Industrie benötigt in ständig steigendem Umfang Rohstoffe, die Bevölkerung nimmt um jährlich 12 Mill. Verbraucher zu, und die Ansprüche der Verbraucher steigen. So ist es immerhin fraglich, ob die Steigerung ein solches Ausmaß annehmen kann, daß noch Produkte für die Ausfuhr bereitgestellt werden können, die über das bisherige Volumen hinausgehen. Schon 1957 ist der Rückgang des Außenhandelsvolumens auf die Drosse-

lung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurückzuführen, die wegen der angespannten Ernährungslage eingeschränkt werden mußte. Wenn die Überlegung richtig ist, daß aus Gründen der bei aller Ausweitung doch begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft und der Industrie in China eine nennenswerte Steigerung des Außenhandelsvolumens im zweiten Fünfjahresplan nicht möglich ist, so wäre eine Zunahme des Warenaustausches der Industrieländer, darunter der Bundesrepublik Deutschland, mit China nur auf Kosten des Anteils der kommunistischen Länder am chinesischen Außenhandel zu erreichen. Eine solche Entwicklung hat sich seit 1955 abzuzeichnen begonnen; wie weit sie gehen wird, ist eine offene Frage. Immerhin ist bei den verhältnismäßig kleinen Beträgen, die der Warenaustausch der europäischen Industrieländer mit China ausmacht, eine relativ fühlbare Steigerung insbesondere bei guten Ernten in China möglich.

Die ägyptische Währungspolitik

Helmut von Schulmann, Kairo

Die ägyptische Währungspolitik ist heute mehr denn je nur ein Teil der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung. Früher besaß die „National Bank of Egypt“ eine gewisse Selbständigkeit bei währungspolitischen Entscheidungen. Durch das Gesetz vom 13. Juli 1957 wurden die Tätigkeit und die Zuständigkeiten der „National Bank of Egypt“ einer grundlegenden Neuerung unterworfen, die sich auch auf die Währungspolitik bezieht. Die Bank behält das Monopol für die Emission von Banknoten, die als gesetzliche Zahlungsmittel gelten und jederzeit in ihrem Gegenwert durch Gold, ausländische Devisen und Wertpapiere sowie durch ägyptische Staatspapiere und Schatzwechsel, von der Regierung garantierte Effekten und diskontierte Schatzwechsel gedeckt sein müssen. Die leitenden Posten der Bank werden durch Regierungsbeschlüsse besetzt. Der Deckungssatz durch Gold wird vom Staatspräsidenten festgesetzt, während die sonstigen Deckungswerte vom Finanzminister bestimmt werden.

DIE LANDESWÄHRUNG

Die ägyptische Währung, das ägyptische Pfund (£E), ist beim Internationalen Währungsfonds registriert, und zwar mit einem Goldgehalt von 2,55187 g Feingold. 100 Pfund Sterling entsprechen nach der amtlichen Parität 97,50 £E. Das £E ist nicht frei konvertierbar in Gold oder andere Währungen, es besteht vielmehr eine Devisenbewirtschaftung, die im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem recht komplizierten System geworden ist. Gegen Ende des letzten Weltkrieges war die Währung gut fundiert: der Geldumlauf war weit mehr als gedeckt durch die während der Besetzung des Landes entstandenen Guthaben in Pfund Sterling. Die Blockierung dieser etwa 400 Mill. £ Sterling betragenden Guthaben beengte naturgemäß die Bewegungsfreiheit des ägyptischen Finanz-

ministeriums in hohem Maße, doch bildete sie eine wirksame Bremse für eine unproduktive Verausgabung der angesammelten Reserven. Im Laufe der Nachkriegsjahre ist es gelungen, fortlaufend eine Freigabe größerer Sterlingbeträge durchzusetzen, so daß heute die Summe dieser „altblockierten“ Guthaben etwa 65 Mill. £ Sterling beträgt. Nach der am 26. Juli 1956 erfolgten Nationalisierung des Suezkanals blockierte das britische Schatzamt auch alle freien ägyptischen Sterlingguthaben und -eingänge, so daß heute die „altblockierten“ und „suezblockierten“ Guthaben in London etwa 85 Mill. £ Sterling betragen.

Entwicklung der Währungssituation (in Mill. £ E)

Posten	Jahresultimo		
	1955	1956	1957
Gold	61	65	65
Devisen	202	174	152
Clearingverschuldung an das Ausland (netto)	9	10	49
Geldumlauf außerhalb der Nationalbank	180	223	214

Quelle: National Bank of Egypt.

Um sich vom britischen Einfluß zu befreien und eine selbständige Währungspolitik führen zu können, hat die Nationalbank die Goldbestände seit 1950 dauernd ergänzt. Heute haben sie einen Wert von 65,5 Mill. £E und befinden sich zum weitaus größten Teil in Kairo. Die freien Devisenreserven bestehen heute hauptsächlich aus US-Dollars (etwa 30 Mill. \$ ägyptische Regierungsguthaben in New York sind vorläufig noch gesperrt) und Schweizer Franken.

GELDUMLAUF UND PREISE

Der Vergleich der Ziffern für den Geldumlauf bedarf insofern einer Korrektur, als die Zahlen für 1955 und 1956 sich auf das damals gemeinsame Währungsgebiet Ägypten-Sudan beziehen. Im Jahre 1957 hat sich der Sudan auch währungsmäßig von Ägypten getrennt

und das „sudanesische Pfund“ eingeführt. Für die Ablösung der im Sudan umlaufenden ägyptischen Pfundnoten erhielt der Sudan zunächst 15 Mill. £ Sterling aus den in London blockierten ägyptischen Guthaben. Weitere 5 Mill. £ stehen noch aus. Der Rest, der etwa 15—20 Mill. £E betragen dürfte, wird einem sudanesischen Sonderkonto bei der „National Bank of Egypt“ gutgeschrieben. Die Abdeckung soll durch ägyptische Exporte (hauptsächlich von Zucker) nach dem Sudan erfolgen. Der Notenumlauf in Ägypten allein ist heute höher als vor einem Jahr, und inflationistische Tendenzen sind unverkennbar, ohne daß sie bisher einen gefährdenden Charakter angenommen hätten. Die Ausweitung des Geldvolumens ist fast ausschließlich auf die Finanzpolitik der Regierung zurückzuführen, die durch Diskontierung von Schatzwechseln bei der Nationalbank den Staatshaushalt im Gleichgewicht hält und darüber hinaus die Finanzierung der Entwicklungsvorhaben ermöglicht.

Die naheliegende Frage nach der Entwicklung des Preisniveaus läßt sich nur schwer beantworten, weil der amtliche Index die Kosten der Lebenshaltung nicht mit genügender Deutlichkeit wiedergibt. Für die gehobenen Schichten der Bevölkerung hat sich das Leben wesentlich verteuert, aber auch für die große Masse sind die Lebenshaltungskosten gestiegen, ohne daß die Löhne in Landwirtschaft und Industrie erhöht worden wären. Wenn trotzdem eine Verteuerung der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion stattgefunden hat, so liegt der Grund hierzu hauptsächlich in der mehr oder weniger verschleierten Abwertung des ägyptischen Pfundes im Ausland.

Die Verknappung der frei verfügbaren Devisenbestände nach Ausbruch der Suezkrise konnte durch Erschließung gewisser Devisenquellen überbrückt werden: Vom Internationalen Währungsfonds erhielt Ägypten 30 Mill. \$ gegen Zahlung in ägyptischen Pfunden, während weitere Dollarbeträge und andere Währungen in Saudisch-Arabien, Indien usw. gegen ägyptische Pfunde angekauft werden konnten. Hierdurch wurde ein noch stärkerer Abfluß an Devisen verhindert, doch wuchs die Verschuldung an das Ausland. Die ägyptische Zahlungsbilanz für die ersten 6 Monate 1957 war zwar ausgeglichen, doch tritt in ihr diese zunehmende Verschuldung an das Ausland nicht zutage. In den ersten 9 Monaten 1957 zeigt sie ein Defizit von 19 Mill. £E. Sehr wesentlich für die Devisenbilanz ist der Umstand, daß die etwa 3 Mill. £E betragenden, in transferierbaren Devisen einkommenden Suezkanalgebühren seit Wiedereröffnung des Kanals ausschließlich Ägypten zugute kommen. Ein erheblicher Teil dieser Einnahmen muß aber für die Instandhaltung dieser Wasserstraße wie auch für ihre Erweiterung und Vertiefung ausgegeben werden.

AUSSENHANDELSPOLITIK

Die ägyptischen Zahlungen im Verkehr mit dem Ausland werden in Devisen oder in ägyptischen Pfunden geleistet. Der Mangel an freien Devisen hat zu einer Bevorzugung von Tausch- und Kopplungsgeschäften geführt, bei denen die Preise für die zu exportierenden ägyptischen Erzeugnisse (Baumwolle) verbilligt werden mußten. Diese Preise werden aber durch die

dauernde Nachfrage seitens der Ostblockländer, die in ägyptischen Pfunden zahlen, so hoch gehalten, daß der Westen wenig Interesse an Importen zeigt. Die Verbilligung der Baumwolle wurde bisher zum großen Teil von der Regierung getragen, die sich durch entsprechende Besteuerung der Importe schadlos hielt. Ab 1. Januar 1958 wird eine staatliche Verbilligung der Baumwolle nicht mehr gewährt; sie wird also bei Kompensationsgeschäften jetzt von der Wirtschaft getragen, wodurch naturgemäß eine Verteuerung der Importe entsteht. Beim Erwerb von freien Devisen für Importzwecke müssen die Importeure zudem ein Aufgeld von 10—20 % auf den offiziellen Paritätswert zahlen. Diese Beträge kommen der Staatskasse zugute, die sie zur Bildung eines Preisstabilisierungsfonds für notwendige Konsumwaren verwendet.

In der Währungspolitik sind verschiedentlich Versuche gemacht worden, durch Schaffung einer „manipulierten“ Währung ein Gleichgewicht im Devisenhaushalt und in der Zahlungsbilanz herbeizuführen. Das „Exportpfund“ und das System der Einfuhranrechte (Entitlement Account) erwiesen sich indessen als schwer zu handhabende und zu kontrollierende Einrichtungen und mußten wieder aufgegeben werden, weil sich unterschiedliche Kurse für die verschiedenen Währungen ergaben, wodurch sich spekulative Einflüsse geltend machten. Als währungspolitische Maßnahmen sind auch die vielen Zahlungsabkommen zu betrachten, die fast alle auf dem Verrechnungssystem beruhen. In diesen Abkommen sind Plafonds der gegenseitigen Verschuldung vorgesehen, bei deren Überschreitung Zahlung in konvertierbaren Devisen vorgesehen ist. Infolge der passiven Handelsbilanz Ägyptens mit den meisten westlichen Ländern wurden diese Plafonds in der Regel schnell erreicht, und es bildeten sich eingefrorene Clearingguthaben dieser Länder in Ägypten. Im Verkehr zwischen Ägypten und der Bundesrepublik ist man daher von diesem System abgewichen, und ein neues, multilaterales, auf Zahlungen in D-Mark basierendes Abkommen wurde abgeschlossen, wobei gleichzeitig die alte Clearingschuld von 85 Mill. DM konsolidiert wurde. Im Zahlungsverkehr mit der Schweiz, den Niederlanden und Belgien besteht das System der sogenannten „B“-Pfunde, die zwischen den im Ägyptengeschäft stehenden Importeuren und Exporteuren dieser Länder frei gehandelt werden. Das Disagio dieser „B“-Pfunde gegenüber der amtlichen Parität beträgt heute 20—25 %. Diese „B“-Konten können unter Umständen auch im Verkehr mit dritten Ländern zu Zahlungen verwendet werden. Das gleiche System besteht auch im Zahlungsverkehr mit Österreich.

Mit den Ostblockstaaten vollzieht sich der Zahlungsverkehr in ägyptischen Pfunden auf dem Clearingwege. Die aus Baumwollexporten nach diesen Ländern entstehenden ägyptischen Guthaben können mit Beilligung der ägyptischen Devisenbewirtschaftungsstelle auch zu Zahlungen an dritte Länder, und zwar auch solche mit harten Devisen, verwendet werden. Solche auch mit Jugoslawien praktizierten Transaktionen sind aber durch die Einschaltung von Zwischenhändlern (Switchers) kostspielig, und das Disagio erreicht hier 35 %.

Das ägyptische Pfund kann, wenn man von Sonderregelungen („B“-Pfund u. a.) absieht, als eine Binnenwährung bezeichnet werden, denn sowohl der Import als auch der Export von ägyptischen Pfundnoten ist, mit Ausnahme eines Betrages von 20 £E pro Person, verboten. Es kann angenommen werden, daß ägyptische Pfundnoten aus dem Sudan auf dritte Märkte gelangen, wo sie aus Mangel an Nachfrage zu niedrigen Kursen abgesetzt werden können. Der Kurs der £E-Note liegt heute etwa 40—45 % unter pari.

Die Währungspolitik der Regierung ist dahin ausgerichtet, den Kurs des Pfundes im Ausland zu stabilisieren bzw. zu heben. Es besteht eine „halbamtliche“ Anerkennung einer Abwertung der £E-Devisen um 10—20 %, doch besteht heute keineswegs die Absicht, das ägyptische Pfund offiziell abzuwerten. Im

unsichtbaren Zahlungsverkehr mit dem Ausland wird nach wie vor die amtliche Parität in Anrechnung gebracht.

Die Devisensituation Ägyptens ist heute nicht leicht, doch verdient es hervorgehoben zu werden, daß Ägypten bisher allen seinen einmal eingegangenen Transferverpflichtungen nachgekommen ist. Auch ist es dem Finanzminister gelungen, die Golddeckung von 65 Mill. £E unangetastet beizubehalten. Der Fortgang der Industrialisierung wird auch weiterhin große Ansprüche an die Devisenbilanz stellen, wobei allerdings die sowjetische 700 Mill. Rubel-Anleihe eine gewisse Erleichterung bringen dürfte. Auch die über kurz oder lang zu erwartende Freigabe der in London und New York blockierten Devisenguthaben dürfte zur Überbrückung der bestehenden Schwierigkeiten beitragen.

Frankreichs Wirtschaftspolitik mit dem Ziel des Gemeinsamen Marktes

Alfred Frisch, Paris

In mancher Beziehung ist Frankreich ein Sorgenkind des Gemeinsamen Marktes. Nicht zu Unrecht ist man über die Unsicherheit seiner Wirtschaftspolitik, sein mangelndes Gleichgewicht, seine nur teilweise überwundenen strukturellen Schwächen und seinen Devisenmangel beunruhigt. Protektionismus und dirigistische Tendenzen erregen bei vielen Anstoß. Allerdings entsprechen die Meldungen über die französische Wirtschaftslage häufig nicht den Tatsachen. Schuld daran ist die sehr subjektive Einstellung der französischen Presse, die immer wieder geneigt ist, die eigenen Angelegenheiten möglichst schwarz und negativ zu sehen. Wohl in keinem westlichen Land besteht ein so großer Unterschied zwischen dem der Öffentlichkeit dargebotenen Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse und der tatsächlichen Lage. Die Rücksicht auf die ständigen finanziellen Forderungen des Parlaments und auf den Widerstand der öffentlichen Meinung gegen jede auch noch so bescheidene „austerität“ zwingt zudem die Regierung, die Dinge viel schwärzer auszumalen, als sie es in Wirklichkeit sind. Dies bedeutet natürlich nicht, daß sich Frankreich augenblicklich in einer rosigen Lage befindet. Eine Katastrophensituation ist aber ebenfalls nicht berechtigt. Jedenfalls ist es erforderlich, den Versuch zu unternehmen, die Gegebenheiten sachlich und ohne Voreingenommenheit zu sehen.

WIRTSCHAFTLICHE GEGEBENHEITEN

Drei Gruppen von Faktoren verdienen Berücksichtigung: Produktion, Löhne und Preise, Außenhandel und Devisen.

Die Produktionsentwicklung setzte sich 1957 kräftig fort. In vielen Monaten lag der Industrieproduktionsindex um 7 bis 8 % über dem Vorjahresstand. Die Suezkrise, die im abgelaufenen Jahr überwunden werden mußte, brachte keine Verlangsamung. Das gilt auch für die Einschränkung der Einfuhren im zwei-

ten Halbjahr oder die Anspannung des Arbeitsmarktes, dem übrigens die wiederholt versprochenen demobilisierten Militärkontingente nicht zugeführt wurden. Diese starke Produktionsentwicklung wirkte antiinflationistisch, d. h. die starke Kaufwelle, die sich besonders im zweiten Halbjahr 1957 bemerkbar machte, hätte verhängnisvollere Folgen gehabt, wären nicht der Produktionsapparat und auch die Lagerhaltung in der Lage gewesen, die Nachfrage weitgehend zu befriedigen. Die Elastizität der französischen Industrie überraschte selbst sachkundige Beobachter, die ihre weiteren Expansionsmöglichkeiten, besonders unter Berücksichtigung des Arbeitermangels, für viel begrenzter gehalten hatten. Die französische Wirtschaft machte sich offensichtlich erhebliche Produktivitätsreserven zunutze, d. h. es gelang ihr, mit der gleichen Zahl von Arbeitern dank besserer Organisation und Modernisierung der Maschinen eine wesentlich höhere Leistung zu erzielen. Ein gerade veröffentlichter Bericht des französischen Generalsekretariats für Produktivität weist auf Produktivitätsunterschiede von 100 % und mehr zwischen den Spitzenbetrieben und dem Durchschnitt hin. Er gelangt zu dem Schluß, daß verhältnismäßig geringe Anstrengungen genügen, um in kurzer Frist in der Mehrzahl der französischen Betriebe die Produktivität um 20 bis 30 % zu steigern. Außerdem war es möglich, zusätzliche Arbeitskräfte durch stärkere Heranziehung der Frauen, der älteren Jahrgänge sowie des ländlichen Bevölkerungsüberschusses zu mobilisieren. Eine nicht geringe Rolle spielte schließlich die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte, die nach langen Jahren 1957 wieder in größerem Umfang anliefe und 140 000 Arbeiter stellte. Die Hinweise der französischen Industrie auf eine mögliche Rohstoffverknappung entbehrten der sachlichen Berechtigung. Gerade im ersten Halbjahr 1957 wurden die Rohstofflager spekulativ weit über das normale Maß hinaus aufgestockt. Ein französischer